



Nr. 25

8. Juli 2016

## Inhalt

[Flüchtlingsgipfel - dbb Chef: Öffentlicher Dienst mit hohem Engagement](#) +++

[dbb bundesfrauenvertretung unterstützt FairPay-Bündnis: Lohngerechtigkeit jetzt!](#) +++

[Gleichstellungsindex.:Mehr Frauen in Führungspositionen im Bundesdienst –Aufwärtstrend weiter fortsetzen](#) +++

[Auf ewig in der Probezeit? dbb jugend im Gespräch mit Matthias Schmidt](#) +++

### Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW im Gespräch mit Führung des Landesrechnungshofs](#) +++

[Wendt für private Sicherheitsfirmen in Schwimmbädern](#) +++

[VBE: Ohne Schule ist Integrationsgesetz ein zahnloser Tiger](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb



## Flüchtlingsgipfel - dbb Chef: Öffentlicher Dienst mit hohem Engagement

**(dbb) Die Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen stellt auch weite Teile des öffentlichen Dienstes vor große Herausforderungen. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Verwaltungsbereiche zeigen dabei ein ungebrochen hohes Engagement“, machte dbb Chef Klaus Dauderstädt bei einer Gesprächsrunde am 1. Juli 2016 im Bundeskanzleramt in Berlin deutlich. Dazu hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel zum vierten Mal Vertreter gesellschaftlicher Gruppen sowie der bei der Flüchtlingsaufnahme und -betreuung engagierten Verbände eingeladen.**

Allerdings, so Dauderstädt weiter, gebe es zwei kritische Schnittstellen, die Beachtung verdienen. So seien nach wie vor Defizite in der Personalausstattung zu beklagen. „Während der Bund dabei überwiegend vorbildlich agiert hat, gibt es auf der kommunalen Ebene viele Lücken etwa in der Bauverwaltung, bei Ordnungsämtern und vor allem in der Sozialen Arbeit.“ Auf Länderebene gelte es, vor allen Dingen die Schulen zu stärken: „Die Lehrer-gewerkschaften im dbb reklamieren 20.000 zusätzliche Planstellen. Integration dort ist eine Führungsaufgabe. Umso dramatischer ist, dass mehr als 1.000 Schulleitungsposten unbesetzt sind“, so der dbb

Chef. Auch komme es darauf an, das vorhandene Personal auf die veränderten oder neuen Aufgaben und Erwartungen vorzubereiten. So sei die Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache etwas Anderes als klassischer Deutschunterricht, und interkulturelle Kompetenz sei auch in Job-Centern oder Sozialversicherungsträgern wichtig, erklärte Dauderstädt.

Im Herbst, kündigte Angela Merkel an, werde es ein weiteres Treffen zu diesem Thema geben. Sie nutzte die Gelegenheit, um sich bei allen Bürgern, die sich im Haupt- oder Ehrenamt in diese Arbeit einbringen, herzlich zu bedanken.  
(01/25/16)

## dbb bundesfrauenvertretung unterstützt FairPay-Bündnis: Lohngerechtigkeit jetzt!

**(dbb) „Gleichheit auf dem Gehaltszettel“ lautet die Forderung des überfraktionellen Aktionsbündnisses FairPay. Die dbb bundesfrauenvertretung unterstützt die Initiative für mehr Lohngerechtigkeit und faire Verdienstchancen von Männern und Frauen als eine Erstzeichnerin der Online-Petition FairPay, die am 5. Juli 2016 an den Start ging.**

„Auch im öffentlichen Dienst gibt es Entgeltunterschiede von bis zu 21 Prozent. Die dürfen wir nicht kleinreden. Und nur, weil die notwendigen Lösungen nicht für jeden bequem sind, heißt das noch lange nicht, dass es kein Problem gibt. Hier muss die Politik konsequent gegen steuerliche und strukturelle Ursachen von Entgeltdiskriminierungen gezielt bekämpfen. FairPay jetzt!“, erklärt Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, auf der Homepage des Bündnisses.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stehen gemeinsam dafür ein, alle Ansätze, die zu mehr Lohngerechtigkeit führen, im FairPay-Bündnis zu vereinen. Konkret

heißt das, Lohntransparenz für alle herzustellen, die Verpflichtung einzugehen, eine festgestellte ungleiche Bezahlung zu beheben und soziale Berufe aufzuwerten. Das Bündnis FairPay baut auf dem Bündnis „Berliner Erklärung“ auf, das 2011 als Initiative für die Quote in Aufsichtsräten startete, damals mit dem Ziel, mehr Frauen in die Entscheidungsprozesse der Wirtschaft einzubeziehen. „Mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist der erste große Schritt getan. Das nächste Ziel: Entgeltgleichheit“, heißt es in der Absichtserklärung des Aktionsbündnisses.  
(02/25/16)

## **Gleichstellungsindex: Mehr Frauen in Führungspositionen im Bundesdienst – Aufwärtstrend weiter fortsetzen**

**(dbb) Es geht aufwärts für weibliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Bundes. Das zeigen die Ergebnisse des ersten Gleichstellungsindex für die obersten Bundesbehörden, der am 7. Juli 2016 in Berlin von der Bundesregierung vorgestellt wurde. Danach war zum 30. Juni 2015 in den obersten Bundesbehörden fast jede dritte Führungsposition ab Referatsleitung aufwärts weiblich besetzt. Das bedeutet einen Anstieg des Frauenanteils in Führung seit 2011 (27 %) um knapp sechs Prozent (32,6 %). Der dbb und die dbb bundesfrauenvertretung begrüßen die positive Entwicklung, sehen aber weiterhin Handlungsbedarf.**

„Wir sind noch längst nicht am Ziel aber wir sind auf dem richtigen Weg. Dass jetzt rund ein Drittel der Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden mit Frauen besetzt sind, ist sehr ermutigend und hat hoffentlich Signalwirkung für die Beseitigung der weiterhin bestehenden strukturellen und sozialen Aufstiegshindernisse für Frauen. Besonderes Augenmerk müssen wir dabei auf die Spitzenpositionen legen, denn es gilt immer noch: Je höher ein Amt, desto niedriger der Frauenanteil“, kommentierte Klaus Dauderstädt, dbb Bundesvorsitzender, die Ergebnisse des Gleichstellungsindex.

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sieht den von Bundesfrauenministerin Schwesig eingeschlagenen Gleichstellungskurs mitverantwortlich für die positive Entwicklung des Frauenanteils in Führungsfunktionen. „Dieser Aufwärtstrend muss jetzt verstetigt werden. Ziel muss die paritätische Besetzung auf allen Leitungsebenen sein.“ Auch der Ansatz, neue Führungsmodelle in der Statistik aufzuzeigen sei fortschrittlich.

„Der Index gibt wieder, was wir seit vielen Jahren bemängeln: Der hohe Frauenanteil bei Teilzeitbeschäftigung trägt zur niedrigen Frauenquote bei Leitungsfunktionen bei. Dieser Einsicht müssen jetzt Taten folgen. Das heißt, Teilzeit muss als Normalarbeitsverhältnis anerkannt werden. Die Arbeitsleistung, nicht die geleistete Arbeitszeit muss entscheidendes Kriterium für eine Beförderung in ein Führungsamt sein.“

Nachdrücklich appellierte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung an die Landesregierungen, das statistische Instrument zu übernehmen: „Der Gleichstellungsindex ist ein wichtiges Mittel, um die Wirkung von Gleichstellungsmaßnahmen im öffentlichen Bundesdienst in ihrer Wirkung zu überprüfen. Auch die Landesverwaltungen können von einer solchen Statistik nur profitieren, um Fortschritte, aber auch Defizite bei der Gleichstellung sichtbar zu machen“, so Wildfeuer.  
(03/25/16)

## **Auf ewig in der Probezeit? dbb jugend im Gespräch mit Matthias Schmidt**

**(dbb) Die hohe Befristungsrate im öffentlichen Dienst war eines der Themen, über das sich am 1. Juli 2016 in Berlin Sandra Kothe, Vorsitzende der dbb jugend, und der SPD-Politiker Matthias Schmidt, Mitglied im Innenausschuss des Bundestages, austauschten. „Die Befristungsrate im öffentlichen Dienst liegt über der in der Privatwirtschaft und ist bei den 18- bis 24-Jährigen am höchsten“, stellte Kothe fest. „Uns als dbb jugend geht es vor allem darum, die im Teilzeit- und Befristungsgesetz geregelte ‚sachgrundlose Befristung‘ abzuschaffen. Denn oftmals geht es nach der erfolgreichen Ausbildung direkt in die erste Befristung, quasi als ‚verlängerte Probezeit‘. Dabei gibt es die normale Probezeit ja auch noch.“**

Das sah Schmidt ebenso. Derzeit gebe es aber in der Regierungskoalition keine Mehrheit, um das Gesetz zu ändern. Kothe verdeutlichte in dem Gespräch, dass die jungen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen es dann oftmals auch nicht wagten, sich gewerkschaftspolitisch und auf Betriebsratsebene zu engagieren, da sie sich die Chancen auf eine unbefristete Einstellung nicht verderben wollten. „Aber gerade junge Menschen müssen im Sinne der Generationengerechtigkeit die Chance ha-

ben, ihre Belange in die Gesellschaft einzubringen, sind sie doch am stärksten von heutigen Entscheidungen betroffen“, so Kothe.

Ein weiteres Gesprächsthema war die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Kothe lud Schmidt zu der Wertschätzungskonferenz der dbb Jugend ein, die am 29. August 2016 im dbb forum stattfinden und sich mit diesem Thema befassen wird.  
(04/25/16)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### BBW im Gespräch mit Führung des Landesrechnungshofs

**(dbb) Die Finanzsituation des Landes Baden-Württemberg stand im Mittelpunkt eines Gesprächs, zu dem die Spitze des BBW am 4. Juli 2016 mit der Führung des Landesrechnungshofes zusammenkam. Obwohl die Beamtinnen und Beamten in der vergangenen Legislatur bereits rund 400 Millionen Euro zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen haben, muss sich der BBW auf ein hartes Ringen einstellen, um neue gravierende Sparmaßnahmen im Beamten- und Versorgungsbereich zu verhindern, zumindest aber um diese abzumildern. Das war das Resümee, das der BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich und sein Stellvertreter Joachim Lautensack nach dem Gespräch mit Max Munding, dem Präsidenten des baden-württembergischen Rechnungshofs, und weiteren führenden Vertretern der Behörde zogen.**

Munding und Rechnungshofdirektor Georg Walch listeten auf, warum aus ihrer Sicht die Beamtinnen und Beamten beim Sparen auch diesmal nicht außen vor bleiben könnten. Ziel müsse es sein, mit weniger Stellen auszukommen, da sich ansonsten die Mitarbeiter ihre Stellen selbst finanzia-

ren müssten. Aufgrund der Rekrutierungsprobleme im öffentlichen Dienst müssten die Beschäftigungsbedingungen finanziell attraktiv gehalten werden. Dies bedeute, dass einer Ausweitung der Stellen entgegengetreten und Aufgaben abgebaut werden müssten.  
(05/25/16)

### Wendt für private Sicherheitsfirmen in Schwimmbädern

**(dbb) Laut einem Bericht der Düsseldorfer Polizei nimmt die Zahl sexueller Übergriffe in Schwimmbädern der Stadt zu, vor allem Kinder seien betroffen. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), Rainer Wendt, sagte am 4. Juli 2016 Focus Online, derartige Meldungen kenne man auch aus anderen Städten. „Aber: Das hat es früher auch schon gegeben, nur hat es sich jetzt deutlich verschärft.“**

Die deutsche Gerichtsbarkeit sende nicht ausreichend Signale, zeigte sich Wendt überzeugt. „Nach Vorfällen werden die Personalien festgestellt, zu einer Verurteilung kommt es selten.“ Das Verbrechen, wo Wendt weiter, sei schlimm, „aber der

Täter, der auf freiem Fuß bleibt, ist fast noch schlimmer“. Um Schwimmbäder sicherer zu machen, sehe er die Betreiber in der Pflicht. „Das kann durch Zugangskontrollen, Ermahnungen und Hausverbote

gelingen – oder durch Sicherheitsfirmen, die Personal ins Schwimmbad schicken.“  
(06/25/16)

## VBE: Ohne Schule ist Integrationsgesetz ein zahnloser Tiger

**(dbb) „Integration kann nur gelingen, wenn Bund und Länder wieder kooperieren. Nur so können eine adäquate Finanzierung gesichert und bundesweit geltende Qualitätsstandards durchgesetzt werden.“ Das sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), zum Entwurf des Integrationsgesetzes, das am 7. Juli 2016 im Bundestag behandelt werden sollte.**

„Alle Studien zeigen, dass Bildung der Schlüssel zur Integration ist. Ein Integrationsgesetz, in dem die schulische Bildung keine Rolle spielt, ist ein zahnloser Tiger. Das Kooperationsverbot muss kippen – damit die Integrationschancen und Bildungsmöglichkeiten nicht länger vom Aufenthaltsort und Bundesland abhängig sind“, so Beckmann weiter.

Mit dem Integrationsgesetz sollen Rechte und Pflichten der zu Integrierenden geregelt werden. Aufgrund des Kooperationsverbotes und der föderalen Zuständigkeit

der Länder im Bereich der schulischen Bildung wird das Thema „Schule“ komplett ausgespart. Der VBE-Bundesvorsitzende mahnte: „Regelungen zu finden, damit zu Integrierende schnell Deutsch lernen und den Zugang zum Arbeitsmarkt finden, ist richtig und wichtig. Es greift zu kurz, die Herausforderungen, mit denen sich Lehrkräfte konfrontiert sehen, allein auf die Länder abzuwälzen. Der Mehraufwand für die Beschulung kann nicht allein Ländersache sein.“

(07/25/16)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Fast ausschließlich Frauen entscheiden sich für den Beruf der Erzieherin, einen Beruf mit hoher gesellschaftlicher Verantwortung und Verdienstmöglichkeiten am unteren Rand der Einkommensskala. Ein untragbarer Zustand, findet die dbb bundesfrauenvertretung. Kaum ein Beruf wird gesellschaftlich so hoch geschätzt wie der der Erzieherin. Die Verdienstchancen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu der verantwortungsvollen und körperlich anstrengenden Arbeit in Kindertagesstätten. "Um Erziehungsberufe langfristig für Frauen und Männer attraktiv zu gestalten, müssen diese Berufe neu bewertet werden. Damit einhergehen müssen eine höhere tarifliche Eingruppierung und bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten", betonte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung **Helene Wildfeuer** im Gespräch mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) Sabine

Kricheldorf und Vorstandsmitglied Manfred Mahlstedt am 5. Juli 2016 in Berlin.

Die Spitze des dbb bremen hat sich am 29. Juni 2016 zu einem Meinungsaustausch mit der Führung der Bremer SPD getroffen. Es war zugleich das erste Treffen der neuen Bremer SPD-Chefin Sascha Aulepp mit dem kürzlich gewählten dbb-Landesvorsitzenden **Jürgen Köster**. Themen des Gesprächs waren beamten- und personalrechtliche Fragen, etwa die Übertragung von Tarifabschlüssen auf Beamte, Beförderungen, Probleme der Personalrats-Vertretungen, das im Gesetzgebungsverfahren befindliche bremische Besoldungsgesetz und die beamtenrechtliche Versorgung, teilte der dbb bremen mit. Geldfälschen ist ein lukratives Geschäft - und besonders häufig wird der 50-Euro-Schein kopiert. Die Europäische Zentralbank (EZB) will Kriminellen das Handwerk mit neuen Geldscheinen erschweren. Im

April 2017 kommt der neue Fünfziger. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hält jedoch auch den neuen 50-Euro-Schein nicht für fälschungssicher. Zwar könnten die überarbeiteten Sicherheitsmerkmale der Banknote „dazu beitragen, Fälschungen besser zu erkennen und die Arbeit der Polizei zu erleichtern“, sagte DPoIG-Chef **Rainer Wendt** am 5. Juli 2016 der Funke Mediengruppe. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, dass die neue Note kriminellen Banden das Handwerk lege, so Wendt. „Sie werden einen Weg finden, auch diesen Schein zu fälschen.“ Im vergangenen Jahr wurden so viele Euro-Blüten aus dem Verkehr gezogen wie noch nie seit Einführung des Euro-Bargeldes im Jahr 2002: 899.000 gefälschte Scheine.

Sekundarschulen müssen gestärkt, die Unterrichtsorganisation muss nachgebessert werden. Das haben **Jürgen Böhm**, Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), und die Landesvorsitzende des Sekundarschullehrerverbandes (SLV), Claudia Diepenbrock, am 29. Juni 2016 im Gespräch mit dem Bildungsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Marco Tullner (CDU), deutlich gemacht. Themen der Unterredung waren unter anderem die Stärkung der beruflichen Bildung, der drohende Fachkräftemangel, die Gestaltung der Übergänge für

Schülerinnen und Schüler sowie die Rahmenbedingungen an den Schulen im Land. Allen Schülern an den Sekundarschulen im Land müsse eine optimale Lernsituation ermöglicht werden. Gerade die differenzierte Förderung an den Sekundarschulen stärke die zielgerichtete Vorbereitung der jungen Menschen auf das Berufsleben.

Der „Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung für 2015 zeigt nach Einschätzung der **komba gewerkschaft**, dass erfreulicherweise die Qualität der Kindertagesstätten (KiTas) verbessert werden konnte. Jedoch müssten bundeseinheitliche Qualitätsstandards definiert und deren Einhaltung zügig umgesetzt werden, erklärte Sandra van Heemskerck, Vorsitzende des Bundesfachbereichs Sozial- und Erziehungsdienst der Gewerkschaft, am 30. Juni 2016. Notwendig sei zudem eine bundesweit einheitliche Ausbildung, die einen hohen Qualitätsrahmen auf allen Ebenen setzt und einen Arbeitgeberwechsel zwischen den Bundesländern erleichtert. Nach wie vor müssten mehr Fachkräfte ausgebildet werden. Nach den Erhebungen der Bertelsmann-Stiftung fehlen derzeit bundesweit 107.000 KiTa-Kräfte. Gebraucht werde ein "tragfähiges und zukunftsorientiertes Konzept". (08/25/16)

## Termine zum Vormerken

### **Wertschätzungskonferenz der dbb jugend**

"Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst"  
Berlin, 29. August 2016

### **11. dbb Medienkonferenz**

"Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem –  
Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?"  
Berlin, 19./20. September 2016

### **3. Seniorenpolitische Fachtagung**

"Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen"  
Berlin, 26. September 2016